

U-1 Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.05.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Natur und Umwelt konsequent schützen

Antragstext

1 Unsere Umwelt und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere
2 Lebensversicherung und die unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Wir
3 müssen erhalten, was uns erhält: reine Luft zum Atmen und sauberes Wasser zum
4 Trinken, gesunde Böden für gesunde Nahrung, Wälder und Stadtnatur, das
5 lebenserhaltende Netz der Arten und die natürlichen Ressourcen, auf denen unser
6 Wohlstand beruht.

7 Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist dabei keine rein ökologische Frage,
8 sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Frage, die Auswirkungen auf die
9 Gesundheit jedes Einzelnen und auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens hat.
10 Gerade Menschen mit geringen Einkommen können sich Wohnungen oft nur in Gebieten
11 leisten, in denen schlechte Luftqualität und hohe Lärmbelastung vorherrschen und
12 der Zugang zu wohnortnahe Grün nicht gegeben ist.

13 Entschlossene Umweltpolitik bedeutet für uns: entschlossene Gesundheits- und
14 Sozialpolitik.

15 Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Grundlage unserer Politik. Die
16 ökologischen Belastungsgrenzen sind in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen
17 bereits überschritten. Klimakrise, Flächenversiegelung, industrielle
18 Landwirtschaft, Rohstoffabbau und globalisierter Konsum hinterlassen immer mehr
19 Spuren in unserer Natur. So sind etwa bereits ein Drittel aller Bäume in NRW
20 deutlich geschädigt. Fast die Hälfte aller Pflanzen-, Pilz- und Tierarten stehen
21 auf der Roten Liste, sind also gefährdet. Und unsere Verantwortung geht noch
22 weit über die heimische Natur hinaus, denn der Verlust der Biodiversität ist ein
23 globales Problem.

24 Zuversichtlich stimmt uns, dass zahlreiche Umweltprobleme wie die
25 Rheinverschmutzung oder das Ozonloch in der Vergangenheit mithilfe klarer
26 Regulierung, neuer Technologien und gesellschaftlichem Konsens gelindert werden
27 konnten. Artensterben, Klimakrise oder die Vermüllung der Ozeane erfordern heute
28 komplexere Lösungen - diese Lösungen liegen aber bereits auf den Tisch und nach
29 wie vor gilt und es braucht eine politische Kraft, sie umzusetzen.

30 Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der
31 anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige
32 Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können
33 nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von
34 Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO₂-Senken wie Wälder, Moore und
35 Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und unwiederbringlichen Umbau
36 dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen, Klimaschutz und
37 Biodiversitätsschutz gemeinsam voranzubringen. Dort, wo es Zielkonflikte
38 zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE in der Verantwortung,
39 neue Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte Natur, ohne
40 Naturschutz kein gutes Klima.

41 Aktuell steckt NRW fest in einem Entfesselungs-Mantra, in dem
42 Wirtschaftswachstum auf Kosten von Artenvielfalt, Natur, Klima und
43 gesundheitlicher Folgen für die Menschen in NRW gefördert werden soll. Dabei
44 sind die Bürger*innen, Teile der Wirtschaft und viele Kommunen längst weiter und
45 fordern: Nur wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, sichern wir
46 mittel- und langfristig Wohlstand in unserem Industrieland und garantieren die
47 Grundlagen für ein Leben in Freiheit und Würde. Anstatt Wirtschaft und Umwelt
48 gegeneinander auszuspielen, benennen wir GRÜNE Wege, damit Naturschutz sich für
49 alle auszahlt. Wir wollen, dass unsere Industrie und Landwirtschaft mit der
50 Natur wirtschaften statt gegen sie und dass unsere Wirtschaft zu einem Kreislauf
51 wird, in dem Ressourcen wiederverwendet werden.

52 Neue Technologien und die Digitalisierung können uns ebenfalls helfen
53 nachhaltiger und gesünder zu leben und zu wirtschaften, wenn sie von klaren
54 gesetzlichen Leitplanken gelenkt werden. Technologien werden grundlegende
55 Veränderungen und schnelles Handeln aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen
56 können. Lange war NRW Vorreiterin in Sachen Umwelttechnologien. Wir sind
57 überzeugt: Es ist ein Standortvorteil, die sauberste Industrie zu haben.

58 Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die der Natur mehr Raum gibt – in der Stadt
59 und auf dem Land. Und wir geben dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz in
60 Nordrhein-Westfalen den Wert, der ihm gebührt: Politische Aufmerksamkeit,
61 wirksamen gesetzlichen Schutz, ausreichend finanzielle Mittel, wirksame
62 Strukturen und ausreichend qualifiziertes Personal für die Umweltverwaltung
63 sowie Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Klima- und Naturschützer*innen in
64 unserem Land.

65 **Weitsichtige Politik für Natur- und Artenschutz**

66 Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes Jahr global wie in
67 Nordrhein-Westfalen zu. Wir stehen weltweit mitten im sechsten großen
68 Massenaussterben der Erdgeschichte. Besonders die Situation der Insekten ist
69 dramatisch. Selbst in Schutzgebieten, den eigentlich Rückzugsräumen für viele
70 Arten, ist die Zahl der Insekten in den letzten 30 Jahren bis zu 80%
71 zurückgegangen. Viele Arten sterben zudem unerkannt, weil sie schlicht noch
72 nicht entdeckt wurden.

73 Mit den Insekten gehen die Arten in den Nahrungsnetzen, Vögel, Frösche,
74 Eidechsen, Säugetiere, unwiederbringlich verloren. Gewachsene Ökosysteme brechen
75 zusammen. Flächenverbrauch, Land- und Forstwirtschaft sowie ungenügender Schutz
76 in Schutzgebieten setzen Vögeln, Amphibien, Säugetieren, Pflanzen und Co. zudem
77 direkt zu.

78 Intakte Ökosysteme verhindern die Ausbreitung von Schädlingen und begrenzen
79 natürlicherweise die Ausbreitung von Krankheiten, darunter auch
80 Infektionserreger wie das pandemische Corona-Virus.

81 Für uns GRÜNE ist der Natur- und Artenschutz Teil unserer DNA. Deswegen
82 unterstützen wir von Anfang an mit voller Überzeugung die Volksinitiative
83 Artenvielfalt NRW. Denn anders als bei früheren Massenaussterben der
84 Erdgeschichte haben wir Menschen es selbst in der Hand unsere Ökosysteme zu
85 schützen. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir GRÜNE arbeiten mit den vielen

86 Verbündeten in den Umwelt- und Naturschutzorganisation gemeinsam daran, unsere
87 Artenvielfalt und unsere natürlichen Lebensräume zu bewahren:

- 88 • Der Flächenfraß ist eine der Hauptursachen für das Artensterben. Jeden Tag
89 gehen in NRW ca. zehn Hektar Fläche unter Beton und durch Abgrabungen im
90 Tage- und Kiesabbau verloren. Gerade auch landwirtschaftlich nutzbare
91 Flächen gehen verloren, und sorgen damit für steigende Pachtpreise für die
92 Landwirt*innen und verschlimmern so das Höfesterben. Wir GRÜNE setzen uns
93 kurzfristig für die Wiederaufnahme des 5-Hektar-Ziels ein, das von
94 Schwarz-Gelb aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen wurde. Bis 2035
95 wollen wir den Flächenverbrauch auf netto null absenken und dafür eine
96 wirksame Strategie, operative Ziele und konkrete Maßnahmen erarbeiten. Wir
97 setzen uns für ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in der die
98 ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert
99 enthält.
- 100 • Wir schaffen einen übergreifenden Biotopverbund für NRW. Wiesen, Weiden,
101 Gewässerränder und andere Strukturen bilden hier ein Netz, in dem die
102 Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch
103 gewährleistet wird.
- 104 • Durch einen Nationalpark in der Senne und neue Schutzgebiete schaffen wir
105 zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Wo immer möglich müssen
106 Schutzgebiete verbunden und größere Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir
107 wollen Anreize für Förderprogramme und Vorgaben für den Erhalt
108 unterschiedlicher Lebensraumtypen schaffen und setzen dafür auf ein
109 integriertes Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für
110 Schutzgebietsflächen für Verbände muss endlich umgesetzt werden.
- 111 • Die Biodiversitätsstrategie NRW ist ein wichtiges Instrument für den
112 Naturschutz in NRW. Wir führen sie fort und überarbeiten sie. Dabei
113 aktualisieren wir ihre Ziele vor dem Hintergrund neuer
114 naturwissenschaftlicher Daten. Und unterlegen sie mit einem konkreten
115 Maßnahmenprogramm „Landesprogramm Biologische Vielfalt“.
- 116 • Bestehende Schutzgebiete wollen wir besser schützen. Das gelingt durch ein
117 Verbot chemisch-synthetischer Pestizide und Mineraldünger in
118 Schutzgebieten, durch ausgedehnte Pufferstreifen und eine artenfreundliche
119 Bewirtschaftung. Wir fördern gezielt eine vielfältige Landschaftsstruktur
120 von Hecken, Säumen, Brachen oder Kleingewässern und schaffen so eine
121 artenreiche Landschaft mit vielfältigen Lebensräumen.
- 122 • Auch in den Dörfern und Städten gilt es die Artenvielfalt zu schützen und
123 zu stärken. Dafür setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling,
124 aufbegrünte Fassaden und Dächer, über starke kommunale Baumschutzsatzungen
125 bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in
126 der Landesbauordnung. Auch Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und
127 nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren. Wir werden ihren
128 Einsatz bis auf wenige Notfalleinwendungen beschränken.
- 129 • Neben dem Flächenfraß befeuern auch extrem intensive Formen der
130 Bewirtschaftung das Artensterben – und hier insbesondere der übermäßige

131 Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln sowie Eintönigkeit auf dem Acker
132 durch viel zu enge Fruchtfolgen. Wir fordern ein verbindliches und
133 kurzfristig wirkendes Pestizidreduktionsprogramm, mit dem der
134 Pestizeinsatz in einem ersten Schritt schnell halbiert werden kann.
135 Besonders für die Artenvielfalt kritische Pestizide müssen kurzfristig nur
136 noch bei Notfallanwendungen eingesetzt werden dürfen. Als
137 Steuerungsinstrument setzen wir uns für eine Pestizidatenbank ein,
138 wodurch die Pestizidreduktion transparent und planbar wird. Wo Mehrkosten
139 anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und
140 Ausgleichskonzepten unterstützen. Die NRW-Politik muss sich zudem endlich
141 auf Bundes- und EU-Ebene für veränderte Zulassungsverfahren für Pestizide
142 stark machen, die Auswirkungen auf die Natur und Gesundheit stärker
143 berücksichtigen. Langfristig verfolgen wir die Vision einer
144 strukturreichen und bäuerlichen Landwirtschaft, die ressourcenschonend,
145 naturverträglich und am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft
146 orientiert ist mit ihren Prinzipien der Tiergerechtigkeit,
147 Gentechnikfreiheit und der Freiheit von synthetischen Pestiziden.

- 148 • Wir unterstützen gesunde Ernährung und den Absatz regionaler und
149 ökologisch erzeugter Produkte mit dem Gesunde-Kantinen-Programm für
150 öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten
151 und Verwaltung. Damit wollen wir die Verwendung ökologisch produzierter
152 Lebensmittel auf mindestens 20 Prozent steigern. Klar ist für uns: eine
153 naturverträgliche Landwirtschaft hat ihren Preis – wir wollen deshalb über
154 den Absatz in öffentlichen Einrichtungen Bäuerinnen und Bauern auch fair
155 dafür entlohnen, dass sie Rücksicht auf Umwelt und Natur nehmen.
- 156 • Öffentliches Geld für öffentliche Güter: Wir setzen auf Förderung und
157 konkrete Anreizsysteme für den Umstieg in eine insekten- und
158 vogelfreundliche Landwirtschaft mit stickstoffreduzierter Bewirtschaftung
159 und artenfreundlichen Anbaumethoden. Gerade kleine Feldeinheiten sind gut
160 für die Artenvielfalt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir das
161 Sterben der kleinen Höfe stoppen. Dafür setzen wir uns auch bei den
162 Verhandlungen zur EU-Agrarreform ein. Auch die Forschung für
163 naturverträgliche landwirtschaftliche Methoden braucht mehr Unterstützung.
- 164 • Um Mais- und andere Monokulturen zu verhindern, muss deren Einsatz in
165 Biogasanlagen durch Wildpflanzen, Reststoffen und
166 Landschaftspflegematerial ersetzt werden. Hierfür müssen die notwendigen
167 Fördermaßnahmen aufgesetzt werden.
- 168 • Bei Photovoltaik auf dem Acker, Windkraftanlagen im Wald und Biogas aus
169 Mais-Monokulturen geraten Artenschutz und Klimaschutz in Konflikt. Beide
170 Ziele sind jedoch eng miteinander verbunden, die Klimakrise heizt das
171 Artensterben an, intakte Ökosysteme dienen als natürliche CO₂-Senken und
172 sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen. Klima- und Artenschutz
173 gelingen nur gemeinsam. Die Umsetzung der Energiewende gelingt dann gut,
174 wenn der Naturschutz frühzeitig beteiligt und artenschutzrechtliche
175 Belange transparent und gründlich geprüft werden.
- 176 • Nicht zuletzt braucht es für den Artenschutz die Unterstützung jedes*r
177 Einzelnen. Daher setzen wir uns für eine zielgerichtete

178 Aufklärungskampagne zum Artenschutz und den Möglichkeiten jedes*r
179 Einzelnen ein. Die Volksinitiative Artenvielfalt NRW bietet dafür einen
180 hervorragenden Anknüpfungspunkt. Auch in der Schule müssen ökologische
181 Zusammenhänge und Wissen über die Natur und ihres Schutzwertes breiter,
182 intensiver und praktischer gelernt werden - im Sinne der Bildung für
183 nachhaltige Entwicklung.

184 • Gute Politik braucht gute Daten. Deswegen fordern wir die Gründung eines
185 zentralen Instituts für Biodiversitätsforschung. Es soll durch ein
186 systematisches Biodiversitätsmonitoring die Artenvielfalt in NRW
187 kontinuierlich messen und gleichzeitig in allen Bereichen des
188 Artenschutzes von Messungen bis Maßnahmen breit aufgestellt und öffentlich
189 finanziert forschen.

190 **Klima- UND Naturschutz - mit besserer** 191 **Beteiligung und Planung und klarer Raumzuweisung**

192 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
193 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an; intakte Ökosysteme
194 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
195 Klimaänderungen. NRW kann seine Klimaziele nur dann erreichen, wenn wir Tempo
196 machen beim Ausbau erneuerbaren Energien und der Mobilitätswende. Das wollen wir
197 mit schnellerer, besserer und verlässlicher Planung voranbringen. Wir wollen
198 eine Planungskultur erreichen, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt
199 sowie Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet,
200 sondern als Ideengeber wertschätzt. Und wir sind überzeugt: Konflikte zwischen
201 dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und
202 Artenschutz auf der anderen Seite sind kein Naturgesetz. Sie können durch
203 vorausschauende, klare und verbindliche Vorgaben und Maßnahmen auf Bundes- und
204 Landesebene miteinander versöhnt werden.

205 • mit einer Personal- und Nachwuchsoffensive für Planungs- und
206 Genehmigungsbehörden sowie Gerichte sorgen wir dafür, dass Verfahren
207 messbar schneller werden. Wir wirken dem Fachkräftemangel in diesen
208 Behörden entgegen: mit ausreichend Möglichkeiten der Weiterqualifikation,
209 neuen Ausbildungswegen und mehr finanziellen Ressourcen.

210 • wir schaffen verbindliche, frühzeitige, echte und durchgängige
211 Bürger*innenbeteiligung für Infrastrukturprojekte. Zu wichtigen
212 Grundsatzentscheidungen setzen wir auf das Instrument der
213 Bürger*innenräte. Entscheidungen über Konflikte können durch
214 parlamentarische Beteiligung aufgewertet und beschleunigt werden. Wir
215 setzen auf verbindliche Bürgerbeteiligung nach einheitlichen
216 Qualitätsstandards und ausreichend finanzielle Bundes- und Landesmittel
217 für Beteiligungsverfahren.

218 • Wir wollen eine Aufwertung statt einer Aufweichung von
219 Umweltverträglichkeitsprüfungen: Umwelt- und insbesondere auch
220 Klimaverträglichkeit von Planungsvorhaben müssen früher im Verfahren, etwa
221 bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans, geprüft werden. Dann
222 können auch im folgenden Verfahren im Sinne der „Abschichtung“ einzelne

- 223 Umweltuntersuchungen entfallen. Die Erfahrungen und die Expertise von
224 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine
225 Nutzung vertraglich regeln.
- 226 • Starre Abstandsregelungen für Windenergie, wie die der schwarz-gelbe
227 Landesregierung, lähmen die Energiewende und befrieden Zielkonflikte
228 nicht. Wir setzen auf Vorranggebiete von bis zu 2 Prozent der Landesfläche
229 für Windenergie und andere regenerative Energien, basierend auf einer
230 Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung. Dabei sind Schwerpunktorkommen
231 ("Dichtezentren") besonders konflikträchtiger, windenergiesensibler Arten
232 von vornherein aus die Vorranggebieten auszuschließen. Es braucht
233 koordinierte Schutzprogramme, damit sich Erhaltungszustand der Population
234 der betroffenen Tierarten insgesamt (also auch außerhalb des
235 Ausbaugesbietes) nicht verschlechtert. So können z.B. durch eine Stärkung
236 der Population in frei gehaltenen Dichtezentren die negative Auswirkung
237 von Einzelvorhaben in Windeignungsgebieten vor dem Eingriff kompensiert
238 werden. Hinzu kommen weitere planungsrechtliche und technische
239 Verbesserungen, um die Umsetzung dieses Grundprinzips zu ermöglichen.
 - 240 • Repowering von Windkraftanlagen muss genutzt werden, um eine gewisse
241 Anlagenneuordnung zu gestalten. Anlagen, die aus naturschutzrechtlicher
242 Sicht an besonders kritischen Standorten stehen, werden stillgelegt, im
243 Gegenzug werden andere Anlagen an weniger kritischen Standorten
244 begünstigt.
 - 245 • Auch technische Lösungen sollen dabei helfen, den Natur- und Klimaschutz
246 gemeinsam zu erreichen. Vorbild sind hier u.a. das Realtime-Monitoring mit
247 Abschaltautomatik bei Greifvögeln oder Fledermäusen in USA und Frankreich
 - 248 • Wir wollen Solar als Standard verankern, um durch die Nutzung vorhandener
249 Dachflächen-Potenziale auch den Druck auf die Freiflächen zu senken.
 - 250 • Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
251 Minderung. Wir wollen daher den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
252 verbessern. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
253 wichtiger CO₂-Speicher.

254 **Wir brauchen eine Waldwende!**

255 Die Auswirkungen der Klimakrise sind in unseren Wäldern besonders sichtbar.
256 Ansteigenden Durchschnittstemperatur, mehr Sturmereignisse und den immer länger
257 anhaltenden Trockenphasen sorgen für Klima-Dauerstress. Klimaschutz ist somit
258 auch Waldschutz!

259 Wir wollen gemeinsam mit den Waldbesitzer*innen unsere Wälder wieder zukunftsfit
260 machen. Dafür braucht es eine Waldwende hin zu einer naturnahen
261 Waldbewirtschaftung und klimaresistenten, natürlich entwickelten Wäldern.

262 Wälder sind als CO₂-Senke auch Teil der Lösung gegen die Klimakrise. Deshalb
263 verdienen Wälder unseren besonderen Schutz. Auch für den Gewässer- und
264 Trinkwasserschutz, den Natur- und Artenschutz, zur Förderung der Biodiversität

265 sowie als Lebens- und Erholungsraum ist der Wald unentbehrlich. Um zu erhalten
266 was uns erhält, braucht es daher eine Stärkung des Waldnaturschutzes.

- 267 • Das aktuelle Waldbaukonzept wird den Herausforderungen in keiner Weise
268 gerecht und steuert die Waldbesitzer*innen weiter in die Krise. Wir wollen
269 es durch ein Waldentwicklungskonzept ersetzen, in dem die natürliche
270 Waldentwicklung, statt einer flächendeckenden Wiederaufforstung, Vorrang
271 hat. Das Belassen von Totholz und die Wiedervernässung entwässerter
272 Standorte wird zum Standard. Dieses Konzept wird für landeseigene Wälder
273 sofort umgesetzt und Maßstab für die zukünftige Förderkulisse – nach dem
274 Prinzip öffentliche Gelder für öffentliche Güter. Zusätzlich braucht es
275 mehr Konzepte und Unterstützungen, um Waldbesitzer*innen bei dieser Wende
276 nicht alleine zu lassen. Eine Sicherung naturnaher Waldlandschaften zur
277 Stärkung des Vertragsnaturschutzes im Wald ist hier nur eine Möglichkeit.
- 278 • Wir unterstützen die Forderung der Volksinitiative Artenschutz, dass das
279 Land Nordrhein-Westfalen in seinen Staatswäldern Vorreiter für eine
280 natürliche Waldentwicklung und Artenvielfalt wird. Mit geeigneten
281 Landesprogrammen für kommunale und private Waldbesitzer setzen wir zudem
282 Anreize, bis zum Jahr 2030 10 Prozent der Gesamtwaldfläche des Landes aus
283 der forstlichen Nutzung zu nehmen.
- 284 • Viele Forstämter und Forstbetriebe arbeiten mittlerweile erfolgreich
285 entlang von Leitlinien, die den Aufbau eines klimaresilienten Dauerwaldes
286 zum Ziel haben. Diese Leitlinien zur „guten fachlichen Praxis“ im Wald zu
287 entwickeln und entsprechend in Waldgesetzgebung und Förderprogramme
288 aufzunehmen, ist unser Ziel.
- 289 • Im Zuge der klimatischen Veränderungen kam es in NRW zuletzt zu einer
290 vergleichsweise hohen Anzahl an Waldbränden. Im Zuge der Klimakrise wird
291 sich dieses Risiko weiter erhöhen. Auch im Sinne der Waldbrandprävention
292 muss die Waldwende hin zu naturnahen sowie arten- und strukturreichen
293 Wäldern deshalb Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft sein. Um
294 das Brandrisiko einschätzen und reduzieren zu können, braucht es
295 zusätzlich ein Waldbrandkonzept für NRW, das die besonders gefährdete
296 Waldflächen erfasst und die ergriffenen Schutzmaßnahmen prüft.
- 297 • Dürre, Trockenheit und den Borkenkäferbefall haben bereits riesige
298 Kahlfelder in den Forsten verursacht. Wir fordern ein nachhaltig
299 aufgestelltes Konzept, in dem die Naturverjüngung und natürliche
300 Waldentwicklung im Vordergrund stehen. Dieses muss entsprechend mit den
301 Ökolog*innen sowie Waldfachleuten in NRW abgestimmt werden. Schließlich
302 sind inzwischen auch Baumarten von der Klimakrise betroffen, denen
303 hinsichtlich des Waldumbaus hin zu mehr Klimaresilienz bisher eine große
304 Rolle zugesprochen wurde. Daher braucht es diese Konzepte mit
305 Vorbildcharakter, bei deren Umsetzung auch der Privatwald mit einbezogen
306 werden sollte.
- 307 ● Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir wollen
308 geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer
309 naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und
310 forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um

311 die Potenziale kleiner privater Waldflächen besser zu erschließen und die
312 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen

313 • Wir wollen Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände stärker reguliert und
314 an ein wald- und naturverträgliches Maß angepasst werden.

315 • Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Im Gegensatz zu vielen anderen Bau- und
316 Werkstoffen, die wir nutzen, wächst er nach. Gleichzeitig kann Holz über
317 viele Jahrzehnte CO₂ binden und so zum Klimaschutz beitragen. Deshalb
318 wollen wir in Zukunft stärker auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen
319 Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude können eine Vorreiterrolle einnehmen
320 und anstatt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz erbaut
321 werden. Wir wollen hier entsprechende Anreize setzen und auch die
322 Erforschung der Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

323 Saubere Luft zum Atmen

324 Saubere Luft zum Atmen ist Grundlage für unsere Gesundheit. Doch tatsächlich
325 enthält unsere Luft vielerorts mehr Stickoxide, Quecksilber, Treibhausgase oder
326 Feinstaub als gesundheitlich vertretbar und gesetzlich erlaubt. Saubere Luft ist
327 nicht zuletzt eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – denn viele Menschen können
328 aus finanziellen Gründen schlicht nichts daran ändern, dass sie an einer
329 vielbefahrenen Straße oder in der Nähe von ammoniakbelasteten
330 Tierhaltungsanlagen leben. Jedes Jahr sterben in Deutschland allein mehr als
331 70.000 Menschen vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung.
332 Die Wissenschaft ist eindeutig: Wer dauernd Luftverschmutzung ausgesetzt ist,
333 ist durch die Belastung der Atemwege und Blutgefäße besonders anfällig für eine
334 schwere Atemwegserkrankungen wie einer Coronavirus-Infektion.

335 Wo die schmutzige Luft herkommt, wissen wir: der Verkehr, die industrielle
336 Landwirtschaft und Kohlekraftwerke sind unter anderem die Hauptquellen für
337 gesundheitsschädliche Emissionen – und es gibt Wege, diese Emissionen zu senken.
338 Für uns GRÜNE ist klar: Gesundheit für Mensch und Natur hat Vorrang. Die
339 Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern erfordert, dass wir
340 gegensteuern – denn die Mittel dazu haben wir in der Hand:

341 • Wir setzen auf schadstofffreien, emissionsfreien Verkehr: Busse, Bahnen,
342 Fuß- und Radverkehr erhalten Vorrang. Wir schaffen eine Mobilitätsgarantie
343 für jedes Dorf und setzen auf geteilte und emissionsarme Mobilität. Auf
344 Bundesebene setzen wir uns weiterhin für Tempo 120, die Nachrüstung von
345 Diesel-Hardware, die blaue Plakette und das Ende des Verbrennungsmotors
346 ein. Mit mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen wirken wir der
347 Luftverschmutzung entgegen.

348 • Wir senken die Ammoniak-Emissionen aus der industriellen Landwirtschaft,
349 indem wir die bäuerliche Landwirtschaft stärken und naturverträglicher
350 machen. Wir drängen auf die Verschärfung der Düngeverordnung und sorgen
351 dafür, dass das Düngerecht konsequent vollzogen wird. Wir setzen die
352 Nachrüstung mit Filtertechnik in großen Ställen durch und stellen uns
353 gegen den Bau weiterer überdimensionierter Mastanlagen. Mittelfristig

354 reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß
355 von maximal 2 Großvieheinheiten pro Hektar.

356 • Wir setzen auf einen schnellen Kohleausstieg bis spätestens 2030 und den
357 Ausbau der emissionsfreien erneuerbaren Energien. Nicht nur aus
358 Klimaschutzgründen ist ein schnelleres Abschalten der Kohlekraftwerke in
359 NRW geboten – sie stoßen auch Quecksilber und weitere
360 gesundheitsbelastende Stoffe aus. Bis die letzten Kohlekraftwerke vom Netz
361 gehen, werden wir uns weiter dafür einsetzen, die technischen
362 Möglichkeiten durch Filteranlagen voll auszuschöpfen. Deutschland leistet
363 sich derzeit im EU-Vergleich völlig unzureichende Grenzwerte beim
364 Quecksilberausstoß und verspielt damit auch die Chance, Technologieführer
365 für Umwelttechnik zu werden.

366 • Noch immer wissen wir zu wenig über die tatsächliche Belastung dort, wo
367 Menschen wohnen. Daher fordern wir mehr Messstellen und häufigere
368 Messungen in direkter Nähe zu Wohnbebauung. Um die tatsächliche
369 Verschmutzung durch den Flugverkehr und Schifffahrt zu erfassen, setzen
370 wir ein Programm zum stärkeren Monitoring an Häfen und Flughäfen auf, das
371 insbesondere die Verschmutzung durch hochgefährliche Ultrafeinstäube eng
372 überwachen soll. Pilotstudien auch an Flughäfen in NRW zeigen, dass die
373 Belastung durch Ultrafeinstäube, die anders als bisher systematisch
374 gemessene Feinstäube (PM2.5, PM10) bis in die tiefsten Lungenregionen
375 eindringen, systematisch unterschätzt wird.

376 **Grüner Plan gegen Lärm**

377 Lärm erzeugt Stress und macht langfristig krank. 1,4 Mio. Menschen sind in NRW
378 gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Die Hauptquelle des Lärms in NRW ist der
379 Verkehr. Dabei geht es auch leiser. Bei allen Einschränkungen hat uns der
380 Corona-Lockdown kurzzeitig gezeigt, wie lebenswert eine Welt mit viel weniger
381 Verkehrslärm sein kann.

382 • Lärm lässt sich schnell und wirksam durch Geschwindigkeitsbeschränkungen
383 reduzieren. Wir drängen die Landesregierung, ein Tempolimit im Bund
384 anzustoßen und zu unterstützen und bis zur flächendeckenden Einführung
385 entsprechende Modellversuche auf Autobahnen in NRW zu starten. Innerorts
386 setzen wir uns für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit ein und auf
387 Landstraßen für Tempo 80, um Anwohner*innen zu schützen

388 • Wir fordern klare Lärm-Grenzwerte für Autos und Motorräder. Verstöße
389 müssen geahndet und mit effektiven Bußgeldern belegt werden.

390 • Noch immer ist im Bundesverkehrswegeplan der Neu- und Ausbau von
391 Autobahnen und Bundesstraßen geplant – die Folge wäre noch mehr Lärm. Wir

392 wollen ein Klima-Moratorium für diese Projekte, die in Zukunft auch mehr
393 Lärm bedeuten.

394 • Lärmschutz ist ein Recht, das allen Bürger*innen zusteht. Deshalb gewähren
395 wir Anwohner*innen bestehender Straßen- und Schienenwege denselben
396 Anspruch wie den Bürger*innen an Neubaustrecken.

397 • Wir reduzieren Fluglärm: je lauter ein Flugzeug, desto höher das
398 Flughafen-Entgelt. Wir drängen auf eine strengere Handhabe bei den
399 bestehenden Nachtrandzeiten und Nachtflugverboten. Wir wollen, dass es
400 eine neue Betriebsgenehmigung für den Flughafen Köln/Bonn nur ohne
401 nächtliche Passagierflüge gibt.

402 **Sauberes Wasser ist Leben**

403 Sauberes und in ausreichender Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage
404 jeglichen Lebens auf der Erde. Die Herausforderungen für rückstandsfreie und
405 unbelastetes Gewässer im bevölkerungsreichen NRW sind groß. Hinzu kommt die
406 starke industrielle wie auch landwirtschaftliche Nutzung, die sich längst auch
407 in unseren Gewässern niederschlägt. Für uns hat es höchste Priorität, unser
408 Lebensmittel Nummer eins besser zu schützen.

409 Neben der Herausforderung, Gewässer vor Einträgen zu schützen und somit eine
410 hohe Qualität zu gewährleisten, werden auch die Auswirkungen der Klimakrise
411 zunehmend spürbar. Die zurückliegenden Hitzesommer haben gezeigt, welche Folgen
412 extreme, langanhaltende Trockenperioden auch auf die Gewässer in NRW haben
413 können. Wir GRÜNE wollen eine „Zukunftsstrategie Wasser“. Damit können wir
414 Wasser-Verfügbarkeiten ermitteln und besser auf die Auswirkungen der
415 klimatischen Veränderungen reagieren. Auch Maßnahmen zur Verteilung der
416 Wasserressourcen gilt es, hier festzuschreiben.

417 • Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von
418 der hohen Belastung durch Nitrat aus, aber auch der Einsatz von Pestiziden
419 setzt unseren Gewässern zu. Jeder Meter mehr an Gewässerrandstreifen ist
420 ein Gewinn, um die Gewässer wirksamer vor diesen Eintragungen von Dünger,
421 Pestiziden und Co. zu schützen. Eine Reduzierung der Düngemittel kann das
422 natürliche Gleichgewicht und die Selbstreinigungskraft unserer Gewässer
423 wiederherstellen.

424 • Neben den stärker eingesetzten Mineraldüngern dominieren heute besonders
425 Dünger tierischer Herkunft in Form der aus strohlosen Haltungssystemen
426 stammenden Gülle. Der Stickstoff aus mineralischer Düngung und aus Gülle
427 ist leicht löslich und wandert schneller ins Grundwasser ab als der im
428 Festmist enthaltene Stickstoff. Für uns Grüne gehen Tierschutz und
429 Wasserschutz an dieser Stelle zusammen, denn nur artgerechte Tierhaltung
430 ist auch eine naturverträgliche Tierhaltung. Daher müssen Landwirt*innen
431 beim Schutz von Wasser und Umwelt stärker unterstützt und so nachhaltige
432 Formen der Landnutzung und Tierhaltung gefördert werden.

433 • Wir fordern eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips und der
434 Herstellerverantwortung für den gesamten Zufluss von Produkten: Die
435 Einleitung von Schadstoffen muss, wo immer möglich, bereits an der Quelle

436 verhindert werden, da ein nachträgliches Entfernen grundsätzlich
437 aufwändig, kostspielig und in der Regel nicht umfassend möglich ist. Die
438 bereits heute in dem Zusammenhang anfallenden zusätzlichen Kosten werden
439 von den Wasserversorgern getragen, die diese über die Preise an die
440 Kund*innen weitergeben - das ist unfair und setzt keinen Anreiz, die
441 Schadstoffe zu reduzieren. Daher müssen wirksame Maßnahmen zur Vermeidung
442 von Verunreinigungen direkt beim Verursacher ansetzen und durch diesen
443 mitfinanziert werden.

444 • Zusätzlich fehlt bisher eine konkrete Vermeidungsstrategie zur Reduzierung
445 von Arzneimitteleinträgen, sowie eine regelmäßige Untersuchung von
446 Gewässern bzw. Badegewässern auf multiresistente Keime. Aufgrund des
447 steigenden Pro-Kopf-Verbrauchs von Medikamenten ist von einer Zunahme der
448 Rückstände im Abwasser in den nächsten Jahren auszugehen. Um unsere
449 Gewässer und Böden als Lebensraum und Trinkwasserressource zu schützen,
450 muss eine Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige
451 Finanzierung sichergestellt werden.

452 • In den vergangenen Jahren haben die Erkenntnisse über das Vorkommen
453 verschiedenster Mikropartikel in unseren Gewässern zugenommen. Das
454 Vorkommen von Mikroplastik in unseren Gewässern hat Auswirkungen für
455 Mensch und Umwelt, ist bislang jedoch noch nicht eingehend erforscht.
456 Risiken für Umwelt und Lebewesen müssen deshalb etwa bei der Herstellung
457 von Autoreifen und Kunststofftextilien verstärkt berücksichtigt und mit
458 Hilfe von Wirkungsdaten genauer eingeschätzt werden. Wenn nötig, muss auch
459 ein Verbot bestimmter Nutzungen aus Vorsorgegründen erfolgen können.

460 • Die Änderungen des Landeswassergesetzes (LWG NRW) durch die schwarz-gelbe
461 Landesregierung bringt in zahlreichen Bereichen des Wasserschutzes
462 erhebliche Rückschritte mit sich. Allein das Außerkraftsetzen des
463 Abgrabungsverbots in Wasserschutzgebieten trägt zu einer massiven
464 Untergrabung des Wasserschutzes bei. Wo Wasserschutzgebiet drauf steht,
465 muss auch Wasserschutz drin sein. Zum Schutz unserer Gewässer und Böden
466 brauchen wir eine nachhaltige Rohstoffpolitik in NRW.

467 • Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie muss so schnell wie
468 möglich abgeschlossen werden. Lebendige, durchgängige und naturnah
469 fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume für
470 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum
471 Erhalt der Biodiversität. Doch auch im Sinne des ökologischen
472 Hochwasserschutzes sowie der durch den Klimakrise bedingten Zunahme an
473 Starkregenereignissen, muss das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung
474 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung verankert werden.

475 • Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit unserem
476 Grundwasserhaushalt, mit Feuchtgebieten, Mooren und Oberflächengewässern.
477 Schon jetzt steigen die Nutzungskonflikte um das Wasser und das
478 Trockenfallen von feuchten Lebensräumen verschärft das Artensterben.
479 Anstatt die Landschaft weiter auszutrocknen, müssen wir das Wasser in der
480 Landschaft speichern. Das geht, wenn wir Moore, Auwälder und Feuchtwiesen
481 renaturieren, weniger Flächen versiegeln, landwirtschaftlich genutzt
482 Flächen weniger stark entwässern und die Speicherkapazitäten des Bodens

483 erhöhen, etwa durch eine Waldwende. Durch die Klimakrise werden Hochwasser
484 häufiger und heftiger. Wir fördern natürliche Rückhalteräume.

- 485 • Die überschaubaren Potenziale der Kleinen Wasserkraft in Nordrhein-
486 Westfalen müssen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden und
487 mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang gebracht
488 werden.

489 Das Ende der Verschwendung

490 Eine gesunde Umwelt und Natur kann es nur geben, wenn unsere Wirtschaft nicht
491 nur eine Richtung, von der Fabrik auf die Müllkippe kennt. Eine Wirtschaft
492 innerhalb der planetaren Grenzen ist eine Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen
493 wieder zurück in neue Produkte geführt werden, anstatt sie als Abfall ungenutzt
494 zu lassen oder zu verbrennen. Eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich
495 regional verankert ist, schon die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und
496 reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und
497 Schadstoffe. In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über
498 das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei,
499 wiederverwendbar und leicht recyclebar.

- 500 • In NRW machen sich schon viele Unternehmen selbst auf den Weg in eine
501 Kreislaufwirtschaft. Wir GRÜNE fördern den Umbau in die
502 Kreislaufwirtschaft durch Mittel des Landes und aus europäischen
503 Fördertöpfen. Zudem stärken wir die Grundlagen- und anwendungsbezogene
504 Forschung zur Kreislaufwirtschaft, u.a. durch ein NRW-Forschungsinstitut
505 für Kunststoffrecycling und einen NRW-Pakt für Batterierecycling. Unser
506 Ziel ist, dass NRW Vorreiter in der Kreislaufwirtschaft wird, so wie das
507 Land einst durch Kohle und Stahl zur industriellen Herzkammer des
508 Kontinents wurde.
- 509 • Das Bauen ist beides, extrem ressourcenintensiv und ein Musterbeispiel für
510 erfolgreiche Kreislaufwirtschaft. In der GRÜNEN Bauwende wird Cradle-to-
511 Cradle zum Leitprinzip, werden Recyclingmaterialien von Beton bis
512 Kunststoffen zur Norm. Wo immer möglich, ist Holz das Material der Wahl,
513 und bindet damit CO₂ dauerhaft aus der Atmosphäre.
- 514 • Wir fordern eine Ressourcengebäudeausweis, der transparent macht, mit
515 welchen Stoffen gebaut wurde und wie beim Lebensende des Gebäudes diese
516 wieder genutzt werden können.
- 517 • Beim Übergang in eine Kreislaufwirtschaft sollten die landeseigenen
518 Unternehmen zugleich Vorbild als auch Innovationstreiber sein. Durch
519 verbindliche Zielvereinbarungen zur Kreislaufwirtschaft für den Betrieb
520 und Quoten z.B. für Recyclingmaterial und Holzbau bei bestehenden und
521 neuen Gebäuden wollen wir Leuchttürme der Kreislaufwirtschaft und der
522 Bauwende überall in NRW aufleuchten lassen. In öffentlichen Bauten

523 schreiben wir z.B. die Verwendung von Holz und Recyclingbeton vor, wo
524 immer dies möglich ist.

525 • Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der der Restmülltonne und wird
526 dann verbrannt. Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung. Die Pflicht
527 zur getrennten Erfassung von Bioabfällen muss endlich konsequent umgesetzt
528 werden. Wir wollen, dass die kostenlose Biotonne überall in NRW zum
529 Standard wird.

530 **Ehrenamt stärken**

531 Natur- und Umweltschutz in NRW wird ganz wesentlich von ehrenamtlich Engagierten
532 getragen – ob bei Bildungsprogrammen, Müllsammelaktionen, Vogelzählungen,
533 Demonstrationen oder Volksinitiativen. Viele Engagierte ergänzen und ersetzen
534 Leistungen öffentlicher Stellen. Diese Engagierten verdienen, dass ihre Arbeit
535 von öffentlicher Seite Wertschätzung erfährt, pragmatisch und schnell
536 unterstützt wird und dass ihre Expertise in Entscheidungen eingebunden wird. Wir
537 wollen zudem die Ehrenamtspauschale erhöhen und dafür sorgen, dass
538 Ehrenamtler*innen Fördergelder ohne hohen Verwaltungsaufwand beantragen können.

539 **Eine starke und moderne Verwaltung für Umwelt- 540 und Naturschutz**

541 Ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, wenn der Schutz der
542 natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die weitere Entwicklung unter
543 ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten nachhaltig gestaltet wird. Es
544 muss klar sein, dass Europa-, Bundes- und Landesrecht gilt und konsequent
545 angewendet wird. Denn dieses Recht schützt berechnigte Interessen der Menschen,
546 der Umwelt und der Wirtschaft. Die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen
547 leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zum
548 Erhalt öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt zur Sicherung des Industrie-
549 und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie ist elementarer Bestandteil
550 der Daseinsvorsorge. Eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung ist
551 entscheidend um dies sicherzustellen und zu steuern.

552 Die Beratung und Verfahrensbegleitung von Vorhabenträgern, Antragstellern,
553 Verbänden und Politik ist ein wichtiges Element moderner Verwaltung. Dabei muss
554 sie ihrer Rolle als unabhängiger Anwalt der Umwelt gerecht werden.

555 Wir halten die Struktur der nordrhein-westfälischen Umweltverwaltung in ihren
556 Grundzügen für zukunftsfähig, allerdings besteht an verschiedenen Stellen
557 Optimierungsbedarf:

558 • Die Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Kommunalebene muss weiter
559 verbessert werden. Ein gemeinsames Verständnis als "Umweltverwaltung NRW"

- 560 ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von umweltpolitischen
561 Zielen im Vollzug.
- 562 • Auf allen drei Ebenen der Umweltverwaltung werden verpflichtend
563 unabhängige Umweltbeschwerdestellen für interne und externe Hinweise auf
564 Missstände im Natur- und Umweltschutz eingerichtet (Grüne Telefone).
 - 565 • Der Umweltbereich gehört in NRW – wie in allen Bundesländern – zu den
566 Bereichen der Landesverwaltung, die stellenmäßig kaum ins Gewicht fallen.
567 Über nachvollziehbare Schlüssel zur Personalbemessung muss der Bedarf für
568 die einzelnen Behörden ermittelt werden und die nötigen Haushaltsmittel
569 zur Einrichtung von adäquat dotierten Stellen bereitgestellt werden.
 - 570 • Durch innovative Formen der Personalgewinnung stellen wir sicher, dass der
571 öffentliche Dienst in der Konkurrenz mit der Wirtschaft um Fachkräfte
572 nicht noch mehr ins Hintertreffen gerät. Hierzu soll eine
573 Öffentlichkeitskampagne beitragen, die Anforderungen, Bedeutung und
574 Selbstverständnis der Umweltverwaltung darstellt. Wir werden bestehende
575 Laufbahnausbildungen beibehalten und eigens für den Naturschutz eine
576 Laufbahnausbildung einrichten. Zusätzlich wollen wir Möglichkeiten der
577 dualen Ausbildung schaffen.
 - 578 • Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen konsequent ausgeschöpft
579 werden zur Erhöhung der Effizienz, Datentransparenz und
580 Wirtschaftlichkeit. Dabei müssen landesweit gültige Standards gelten.
 - 581 • Gerade im technischen Umweltschutz und im Naturschutz ist eine
582 interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Behörden sowohl
583 bei Genehmigungen als auch Überwachung unerlässlich. Dies führt zu
584 qualitativ besseren Ergebnissen und zu einem effizienteren Umgang mit
585 Ressourcen nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den
586 Wirtschaftsunternehmen.
 - 587 • Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Strafverfolgungsbehörden muss
588 gestärkt werden. Im Umweltministerium führen wir die Stabsstelle
589 Umweltkriminalität wieder ein und statten sie finanziell und personell so
590 aus, dass sie Umweltkriminalität wirksam aufdecken und verfolgen kann.